

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 1 (1979)
Heft: 1

Rubrik: Aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

HARRISBURG

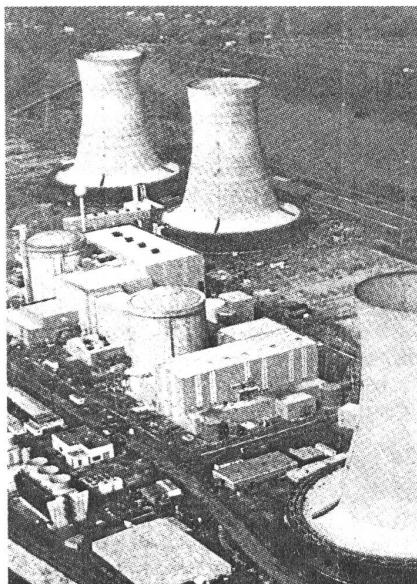
Wende oder Kritikpunkt?

Kurzfristig stand die Debatte über Reaktorsicherheit in den letzten Wochen im Rampenlicht. Wir werden uns hüten, aus der Fülle von Stellungnahmen und immer wieder neuen Details über Vorgeschichte und Hergang des Unfalls in Harrisburg ein abgerundetes Bild zu entwerfen. Vielmehr wird hier ein Konfliktpunkt – kein Wendepunkt – markiert, an dem Positionen deutlicher formuliert werden müssen. Die Befürworter geraten dabei in z.T. prekäre Situationen, die bislang weitgehend vermieden werden konnten:

- zum ersten Mal mußte ein volles „Katastrophenmanagement“ seinen Respekt vor dem Schutz der Bevölkerung unter Beweis stellen,
- es tat sich eine Erkenntnislücke zwischen jahrelang durchstudierten und in dicken Wälzern festgehaltenen Störfallabläufen und der völlig neuen Situation in Harrisburg auf,
- die unmittelbare „Schuldfrage“ mußte durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen menschlichem und technischem Versagen gelöst werden.

Die US-amerikanischen wie internationa-
nen Reaktionen auf den ersten großen
bekanntgewordenen Reaktorunfall lassen
schließlich in allen Punkten Varianten
erkennen. Zunächst zur BRD. In Ab-
senheit des wieder einmal in Lateinamerika
engagierten Kanzlers, den die DWK für
den verläßlichsten Befürworter der Kern-
energie unter den bundesrepublikanischen
Politikern hält, tanzt die Enfants terribles
der Parteienpolitik wieder aus der Reihe:
Innenminister Hirsch und Wirtschaftsmin-
ister Riemer aus Nordrhein-Westfalen
(beide FDP) ließen sich zu den weitesten
Konsequenzen hinreißen. Keine weiteren
Teilgenehmigungen und zentrale behörd-
liche Überwachung der in Betrieb ste-
henden Anlagen. Andere Volksvertreter
nutzten die Gelegenheit, um sich vor-
sichtig als Kritiker zu präsentieren, haupt-
sächlich Innenminister Baum, der die Si-
cherheitsdebatte forcieren will. Selbst
Stoltenberg zeigte sich verunsichert, in-
dem er die Verantwortung für den weite-
ren Bau von Brokdorf nun eindeutig der
Bundesregierung zuschieben will, offen-
sichtlich unter dem Eindruck der Kampf-
ansage seines Kontrahenten Matthiesen

für die Ende April anstehende Landtags-
wahl. Insgesamt läßt sich sagen: je tiefer
die eigene Rangstellung innerhalb der pol-
itischen Hierarchien ist, desto eindeutiger
wird gegen Kernenergie Stellung be-
zogen. So nehmen etwa in der Umgebung
des KKW-Neubaus Grafenrheinfeld bei
Schweinfurt Bürgermeister und Kreisver-
bände von SPD und FDP Positionen ein,
die andernorts Bürgerinitiativen vorbe-
halten bleiben während sich die Staats-
spitzen in vornehmes Schweigen hüllen.
Um so offensiver stellt die betroffene In-
dustrie ihre Positionen zur Schau. Barthelt
und seine KWU-Leute ermahnen die US-
Experten ausdrücklich, nicht von Glück
in der Bewältigung der Krise zu sprechen.
Vielmehr drehen sie den Spieß um und
erklären, daß mit Harrisburg auch
schwere Reaktorkrisen sich als beherrsch-
bar erwiesen hätten. Dieser Argumenta-
tionsgymnastik entspräche konsequent
die Position, daß der Sicherheitsaufwand
von angeblich 200 Millionen pro KWU-
Anlage eigentlich nur dazu da sei, um den
Betreiber vor gravierenden Schäden an
seiner Ausrüstung zu schützen.



KKW-Anlage Harrisburg

Damit auch schon zur internationalen Reaktion: Selten hat ein Ereignis so viel über innen- und außenpolitische Verhältnisse in einer Vielzahl von Ländern er-
kennen lassen, schließlich gibt es kaum mehr ein Land, das aufrichtig von sich behaupten kann, keine Ambitionen zur Kernenergie zu haben.

Während zuerst in Belgien ein entschlos-
sener Bürgermeister mit einer Polizeiver-
ordnung die 870 Megawatt von Tihange
I auf Null herunterschaltete, konzentriert-
en sich die restlichen Stillegungsüberle-
gungen auf Skandinavien und Japan. Das
belgische Parlament hat inzwischen den

Rebellen wieder zum Einschalten gezwun-
gen. Dennoch hatte er damit den ersten
internationalen Konflikt mit den zu 50%
an der Abnahme beteiligten Franzosen
provoziert. Der zweite innereuropäische
Streit zwischen den sonst guten Nachbarn
Dänemark und Schweden, der sich über
die Schließung des auf schwedischer Seite
des Öre-Sunds betriebenen KKW Barse-
baeck anbahnte, wurde noch rechtzeitig
durch einen Generatorbrand und damit
Zwangsstilllegung des Blocks I geschlich-
tet. Schweden erlebt eine Wiederöffnung
der noch vor drei Jahren wahlbestimmen-
den KKW-Debatte: Der trotz seines da-
maligen Wahlsieges unglücklich taktieren-
de konservative KKW-Gegner Fälldin be-
reitet sich auf ein Come-back vor, einer
Volksabstimmung stehen mittlerweile
nicht einmal mehr die Sozialdemokraten
im Wege. Sie erinnern sich nach ihrer
ersten Wahlniederlage seit 40 Jahren sehr
wohl an die Brisanz des Themas, eine
Brisanz, die für die Reichstagswahlen im
September durch Harrisburg nur zuneh-
men kann.

Erstaunlicherweise erfolgte die einzige
Abschaltung aus Furcht vor vergleichba-
ren Störfällen in Japan, das sonst bei uns
als Musterland rigider Umweltpolitik gilt.
Betroffen ist allerdings nur einer von 19
Reaktoren wegen seiner mit Harrisburg
teilweise identischen Komponenten. Von
dort kommt auch die einzige organisierte
Stellungnahme aus Wissenschaftlerkreisen
(außer natürlich der Union of Concerned
Scientists): die Vereinigung Japanischer
Wissenschaftler (10.000 Mitglieder) for-
derte die sofortige Einstellung aller Kern-
energieprojekte. Die Bediensteten des
Atomenergieforschungsinstituts stellten
sich gegen ihren Direktor, der einen Un-
fall wie Harrisburg für Japan praktisch
ausschließen wollte (nach Süddeutsche
Zeitung vom 5.4.79).

Zum Abschluß Stimmen aus dem etwas
näher gelegenen Osten: In der DDR wurde
zwar die totale Nachrichtensperre verhängt,
wie aber meist in solchen Fällen sah sich NEUES DEUTSCHLAND
dann doch gezwungen, einen 13-Zeiler zu
bringen, aus dem aber weder im Guten
noch Bösen etwas für die DDR-Bevölke-
rung folgt nach dem Unfall. Deutlicher
wurde hier PRAVDA, die ebenfalls am
sechsten Tag kurz darüber berichtete,
gleichzeitig aber die absolute Sicherheit
ihrer Anlagen hervorhob, und damit ein
Musterbeispiel von KWU-Logik abgab.

Insgesamt also wenig Erfreuliches, und
was am meisten auffällt: die unmittel-
baren Erfahrungen, die Hunderttausende
mit der Bedrohung einer schweren Aus-
wirkung des Unfalls gemacht haben,
scheinen kaum jemanden zu interessie-
ren!